

Beurteilung und Empfehlungen

Die Regionen in der Schweiz sind sehr erfolgreich...

Die Regionen in der Schweiz zeichnen sich durch ein hohes Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP), starke Wirtschaftssektoren (gemessen an der Exportleistung) und eine hochqualifizierte Bevölkerung aus, besonders in der Region Genfersee (36.1% in 2006) und in Zürich (37.7%). Zürich zählt besonders viele wissensintensive Arbeitsplätze, und in der Nordwestschweiz beruht die Verarbeitungsindustrie auf Hightech-Verfahren. Die Schweizer Regionen zeichnen sich durch eine hohe Anzahl von Patentanmeldungen aus, insbesondere Kantone wie Basel-Stadt. Ausserdem stehen sie an der Spitze, wenn es um umweltverträgliches Wachstum geht und stützen sich auf grüne Technologien wie Energieeffizienz und Umweltschutz.

... und entwickeln sich zügiger als viele andere Regionen in der OECD ...

Im Vergleich zu vielen anderen OECD-Mitgliedstaaten nehmen sich die entwicklungspolitischen Herausforderungen, vor denen die Regionen in der Schweiz stehen, eher bescheiden aus. Die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen sind relativ gering: Die meisten Menschen leben in intermediären Regionen, die Städte sind klein und die ruralen Gebiete sind weniger abgeschieden als in vielen anderen OECD-Ländern. Obwohl Berge geografische Grenzen legen, sind auch Berggebiete in der Schweiz nie weit von Städten entfernt. Die Ungleichheit zwischen den Regionen ist nicht stark ausgeprägt. Jede Region hat zumindest zufriedenstellenden Zugang zu öffentlichen und privaten Dienstleistungen. Auch wenn das Pro-Kopf-BIP in den städtischen Räumen höher ist als in den ländlichen, so bleibt doch das Niveau in allen Schweizer Regionen im Vergleich zu den meisten OECD-Regionen sehr hoch. Die Abwanderung stellt kein Problem dar, auch nicht in ländlichen Kantonen, und die Überalterung der Bevölkerung ist weniger akut als in mehreren

anderen OECD-Regionen. Diese Elemente deuten darauf, dass einige der raumentwicklungspolitischen Herausforderungen, mit denen andere OECD-Länder konfrontiert werden, in der Schweiz keine Rolle spielen.

... hinken jedoch hinsichtlich der Produktivitätssteigerung hinterher.

Obwohl die Arbeitsproduktivität in der Schweiz relativ hoch ist, hat sie sich in den letzten zehn Jahren nur sehr langsam erhöht. Im Zeitraum 1998-2005 stieg die Arbeitsproduktivität in vorwiegend städtischen Regionen im Durchschnitt um 2.2%, in intermediären Kantonen um 1.7% und in vorwiegend ländlichen Regionen um 1.5%, d.h. die Kurve verlief viel flacher als in vielen anderen OECD-Ländern. Das Gefälle innerhalb der Schweiz lässt sich grösstenteils mit der unterschiedlichen regionalen Spezialisierung erklären, denn urbane Regionen sind meistens auf Wirtschaftszweige spezialisiert, die eine höhere Arbeitsproduktivitätssteigerung aufweisen. In den sieben Großregionen der Schweiz besteht zudem eine enge Korrelation zwischen dem Anteil der Beschäftigten in Hightech- und Medium-Hightech-Branchen im Jahr 2006 und der Arbeitsproduktivitätssteigerung im Zeitraum 1998-2005. Trotz der relativ bescheidenen interregionalen Unterschieden auf der Ebene der Wirtschafts- und Arbeitsmarktleistung, erzielen urbane Regionen eine höhere Arbeitsproduktivitätssteigerung. Die urbanen Kantone sind wegen der geringen Entfernungen und guten Verkehrsvernetzung eng miteinander und mit anderen Kantonen verknüpft. So kann die schweizerische Regionalpolitik sich auf die Verbindungen zu anderen Regionen stützen, um die Wettbewerbsvorteile der zurückgebliebenen Regionen zu fördern. Dabei wird auch die wachsende polyzentrische Ausrichtung der Schweizer Regionen berücksichtigt und aus den Verbindungen zwischen ländlichen und städtischen Räumen Nutzen gezogen.

Funktionale und administrative Regionen sind nicht identisch.

Die Schweiz ist ein föderalistischer Bundesstaat mit 26 Kantonen, die viele Aufgaben übernehmen. Ausserdem ist die Schweiz statistisch in sieben Großregionen gegliedert, die bis auf Zürich und Tessin jeweils mehrere Kantone umfassen. In der Praxis werden allerdings oft auch Räume innerhalb der Kantone in der kantonalen Regionalpolitik als Regionen definiert. Obwohl Kantone eine wichtige Rolle in der Politik spielen, entsprechen sie nicht den funktionalen Räumen. Funktionale Regionen sind Räume, in denen die meisten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Tätigkeiten der Bürger und Unternehmen im Alltag stattfinden. Sie lassen sich mithilfe mehrerer Indikatoren definieren: *i)* Pendlerströme; *ii)* überlappende Spezialisierungen; *iii)* Wissensverbreitung; und *iv)* wirtschaftliche Verknüpfung. Diese Indikatoren zeigen, dass die funktionalen Räume in der Schweiz nicht den Kantonsgrenzen folgen.

- i. **Pendlerströme** bestätigen das Bestehen von die Kantonsgrenzen überschreitenden Arbeitsmärkten. Der Pendelverkehr gehört zu den Elementen, die der OECD zur Definition funktionaler Metropolitanregionen dienen: Benachbarte Regionen, die eine Netto-Pendlerquote von 10% oder mehr aufweisen, gelten als ein funktionaler Arbeitsmarkt. 2000 zählte die Schweiz zwölf Kantone mit Netto-Pendlerquoten von mehr als 10%. Sie bilden drei verschiedene integrierte Arbeitsmärkte rund um Basel, Bern und Zürich. In den übrigen, hauptsächlich ländlichen Kantonen ist der Netto-Pendlerverkehr in andere Kantone niedrig.
- ii. Mehrere Regionen in der Schweiz besitzen **gemeinsame Cluster**, nämlich Zürich, das Mittelland und die Zentralschweiz. Sie alle haben mindestens drei wirtschaftliche Schwerpunkte gemeinsam. Das deutet darauf, dass die Cluster über die Grenzen der sieben Großregionen hinausgehen. In Anbetracht der sich überlappenden Spezialisierung ist es nicht weiter erstaunlich, dass mehrere Regionen in der Schweiz, allen voran Zürich, das Mittelland und die Zentralschweiz, in denselben Branchen denselben europäischen regionalen Wettbewerbern für qualifizierte Arbeitskräfte und Investitionen begegnen. Man könnte dies auch als grenzüberschreitende Ausweitung der schweizerischen Cluster betrachten.
- iii. Mehrere Regionen sind auch durch technologische Kooperation (**Ko-Patente**) verbunden, die auf interregionale Wissensverbreitung deuten. Absolut gesehen bestanden 2007 die wichtigsten regionalen Verbindungen über Ko-Patente zwischen der Nordwestschweiz und Zürich, der Nordwestschweiz und dem Mittelland und Zürich und der Ostschweiz. Das deutet auf relativ starke funktionale Beziehungen zwischen den Metropolitanregionen Zürich und Basel. Ausländische Daten zu Ko-Patenten bestätigen die Existenz eines großen funktionalen Metropolitanraums in der Nordschweiz. Die wichtigsten ausländischen Regionen, mit denen die drei Schweizer Regionen (Mittelland, Nordwestschweiz und Zürich) über Ko-Patente verbunden sind, sind sich sehr ähnlich. Baden-Württemberg, Bayern und das Elsass sind die dominanten Partner der drei Regionen. Auf sie entfallen zwischen 30 und 60% der Ko-Patente.

- iv. Eine **Analyse der Geschäftszyklen** deutet darauf, dass die Schweiz drei oder vier große funktionale Metropolitanräume sowie eine kleine Anzahl entfernterer Regionen umfasst. Die Daten zum durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen im Zeitraum 1990-2005 zeigen, dass die Geschäftszyklen in vier Großräumen starke Ähnlichkeiten aufweisen: Genf, Bern, Basel und Zürich. Die funktionalen Großräume Basel und Zürich sind eng miteinander verknüpft, wie es die ähnlichen Geschäftszyklen in Basel-Stadt und Zürich sowie in St. Gallen und Aargau illustrieren. Basel-Stadt steht auch mit anderen Kantonen (Jura und Solothurn) in Wechselbeziehung, deren Geschäftszyklen keine Ähnlichkeiten mit dem Zyklus vom Großraum Zürich aufweisen. In sieben Kantonen hängen die Geschäftszyklen kaum voneinander ab.

Die Schweiz reformierte ihre Regionalpolitik, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Exportleistung der Regionen zu fördern.

Die schweizerische Regionalpolitik stützte sich früher auf Investitionen in Infrastrukturen und Kredite, um die Attraktivität von Berggebieten und ländlichen Räumen zu steigern. In den 1990ern verlagerte sich das Augenmerk jedoch auf Effizienz und Mehrwertschöpfung. Dieser Wandel, der den Trends in vielen OECD-Ländern entsprach, wurde 2008 mit der Implementierung der Neuen Regionalpolitik (NRP) formalisiert. Die NRP stützt sich auf den ebenfalls 2008 in Kraft getretenen Neuen Finanzausgleich (NFA). Die drei Säulen der NRP sind das richtige Instrumentarium zur Umsetzung dieses Wandels: direkte Unterstützung der strategischen Regionalentwicklungsprogramme, Mechanismen zur Koordination mit anderen politischen Maßnahmen und ergänzende Politikinstrumente. Die Kombination der drei Säulen soll den Gesamteffekt der NRP maximieren.

Inhalt und Zielsetzungen der NRP sind nicht immer aufeinander abgestimmt.

Die NRP wendet sich von einer hauptsächlich auf Infrastrukturen aufbauenden Ansatz ab und einer engeren Integration von „hartem“ und „weichem“ Kapital zu. Gleichzeitig besteht das Ziel, die regionale Innovationskapazität zu stärken und sektorale Projekte zu unterstützen. Inhalt und Zielsetzungen der NRP könnten mit einem Fokus auf vier Schwerpunkte besser aufeinander abgestimmt und ihre Umsetzung erleichtert werden, wenn folgende Schwerpunkte berücksichtigt werden:

i) Ausweitung der NRP auf alle Regionen; *ii)* verbesserte politische Koordination in den Kantonen; *iii)* bessere Koordination der NRP mit den Sektorpolitiken; und *iv)* Aufbau von strategischen Management- und Evaluationskompetenzen.

i) Ausweitung der NRP auf alle Regionen

Während in vielen OECD-Ländern versucht wird, das Wachstumspotenzial aller Regionen auszuschöpfen und nicht nur die ärmsten zu unterstützen, konzentriert sich die NRP weiterhin nur auf ländliche Räume und Berggebiete. Urbane Regionen haben Anspruch auf die Unterstützung im Rahmen der 2001 in Kraft getretenen Agglomerationspolitik des Bundes. Diese Politik deckt ein heterogenes Spektrum an städtischen Siedlungsräumen, das von den fünf großen Agglomerationen bis hin zu „sonstige Ballungsräume“ reicht. Diese umfassen Städte in vorwiegend ländlichen Gebieten und werden grundsätzlich in der NRP erfasst. Ein eigener Infrastrukturfonds wurde eingerichtet, der hauptsächlich in Verkehrsprojekte investiert, während weitere Fonds innovative Modellprojekte unterstützen. Obwohl die Räume, die von der NRP und der Agglomerationspolitik erfasst werden, sich überschneiden, wurden die beiden Programme getrennt. Somit kann das Potenzial der immer stärkeren Verbindungen zwischen urbanen, intermediären und ruralen Regionen nicht ausgeschöpft werden.

Die NRP wäre kohärenter, wenn sie alle Regionen einschließen würde. Das schweizerische System gewährt den kantonalen und kommunalen Ebenen große Autonomie. Die gegenwärtige Trennung zwischen der NRP und der Agglomerationspolitik trägt nicht dazu bei, die institutionelle und politische Fragmentierung zu mindern und kann bestehende gegenseitige Beziehungen zwischen Räumen ignorieren oder sogar behindern. Die Ausweitung der NRP würde helfen, die Herausforderung der polyzentrischen Regionen und der Beziehungen zwischen städtischen und ländlichen Siedlungsräumen zu bewältigen. In der Praxis werden die verschiedenen Instrumente manchmal im Rahmen einer kohärenten Strategie auf subnationaler Ebene zusammengelegt, wo sie oft von denselben Akteuren eingesetzt werden.

ii) Es kann mehr für die Verbesserung der regionalpolitischen Koordination in den Kantonen getan werden.

Die NRP-Umsetzungsprogramme richten sich zumeist an individuelle Kantone und werfen damit Fragen hinsichtlich Kapazität und Skalen-Effekte auf. Im Rahmen eines Mehrjahresprogrammes des Bundes, das die allgemeine strategische Ausrichtung festlegt, wurden die Kantone aufgefordert, sich mit einem Implementierungsplan für Mittel zu bewerben. Bis auf drei Kantone reichten alle ein Programm ein. Die von der NRP vorgesehene Verlagerung des Schwergewichts erfordert jedoch Kompetenzen und Fähigkeiten, die nicht alle Kantone im gleichen Ausmaß besitzen. Einige Kantone reagieren schnell auf die Anforderungen der NRP, andere wiederum haben Schwierigkeiten und sind manchmal wegen des neu zu erstellenden Gesetzesrahmens im Rückstand. Die hohe Fluktuation bei den regionalpolitischen Akteuren in den Kantonen trägt dazu bei, eine neue Denkweise zu fördern, birgt allerdings auch das Risiko, dass Fertigkeiten und das institutionelle Gedächtnis verloren gehen. Einige ländliche Regionen betrachten sich trotz der geografischen Nähe und der wirtschaftlichen Interaktionen nicht als Teil eines grösseren funktionalen Raums. Das kann zu isolierten Entscheidungen zugunsten kleiner Projekte führen.

Die interkantonale Kooperation ist wesentlich, um regionale Wachstumsprobleme anzupacken, aber die bestehenden Mechanismen sind nicht effektiv. Schlüsselfaktoren des regionalen Wirtschaftswachstums wie Verbindungen zwischen den Unternehmen, Verkehrsverbindungen und Bildungsverbretung reichen meistens über die administrativen Kantonsgrenzen hinaus. Eine Reihe von interkantonalen Plattformen für Informationsaustausch und aufeinander abgestimmte Lösungen zur Erbringung öffentlicher Dienste wurden eingerichtet, aber die Koordination konzentriert sich oft auf die einzelnen Branchen. Ferner wirft die große Anzahl der Mechanismen Fragen hinsichtlich der Transaktionskosten auf. Gleichzeitig wurde die demokratische Legitimität solcher interkantonalen Gremien in Frage gestellt. Auf die Finanzierung der interkantonalen Koordination über die NRP wurde zu wenig in Anspruch genommen. Die NRP sollte sich klarer auf die Förderung interkantonomer Projekte fokussieren. So könnte die verstärkte (oder gar ausschließliche) Finanzierung interkantonomer Projekte innerhalb der NRP ins Auge gefasst werden. Die Bundesregierung könnte Evaluationen zur Bewertung der Koordinationsmechanismen in Bezug auf die einzelnen Maßnahmen zur

Wirtschaftsentwicklung über Regiosuisse finanzieren und die Kantone mittels finanzieller Anreize dazu bringen, sie auch einzusetzen.

iii) Bessere Koordination der NRP mit den Sektorpolitiken.

Zur Verbesserung der Ergebnisse der NRP werden nicht so sehr zusätzliche Mittel benötigt als eine effektivere Koordination mit anderen Maßnahmen. Die 1988 gegründete Raumordnungskonferenz des Bundes (ROK) ist eine verwaltungsinterne Koordinationsplattform aus Vertretern aller Organisationen des Bundes und erfüllt raumordnungspolitisch relevante Aufgaben. Sie tritt viermal jährlich unter dem gemeinsamen Vorsitz des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) und dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) zusammen. Die zweite Säule der NRP soll die NRP ausdrücklich mit den verschiedenen Sektoren koordinieren. In Bereichen wie Innovation, Umwelt und Fremdenverkehr wurden in jüngster Zeit Vereinbarungen zur Förderung des Informationsaustausches und der Entwicklung gemeinsamer Projekte getroffen. Obwohl diese Maßnahmen einen notwendigen Schritt in Richtung Abbau redundanter Programme und verbesserter Koordination in den Organisationen des Bundes darstellt, gilt es angesichts der unterschiedlichen Akteure und Instrumente noch viele Differenzen zu überbrücken.

Eine bessere Abstimmung von NRP, Agglomeration- und Landwirtschaftspolitik könnte dazu beitragen, aus der Komplementarität der Maßnahmen Nutzen zu ziehen. Trotz der Bestrebungen, Verdopplungen, die Modellprojekte im Rahmen der Agglomerationspolitik und die NRP-Projekte so auszurichten, dass sie sich nicht überschneiden, bleiben „blinde Stellen“. Zum Beispiel umfasst die NPR keine wirtschaftliche Förderung für vier bedeutende Cluster in Bern – IKT, Medizintechnik, Präzisionstechnik und Dienstleistungen – da sie tendenziell in städtischen Räumen angesiedelt sind, während die NRP sich auf Landwirtschaft und Tourismus konzentriert. Ein Teil dieser Anliegen nun vom 2006 gegründeten Netzwerks für die Entwicklung des ländlichen Raums bearbeitet. Branchenübergreifende Koordination könnte durch die engere Verknüpfung oder Verschmelzung der NRP und der Agglomerationspolitik, den Ausbau von regional- und landwirtschaftspolitischen Vereinbarungen und Projekten und den Einsatz der Raumplanungsinstrumente zugunsten nachhaltiger Entwicklungsstrategien.

*iv) Aufbau von strategischen
Management- und
Evaluationskompetenzen.*

Das Beobachtungs- und Evaluationssystem muss so ausgebaut werden, dass es nicht die kantonale Autonomie schmälert, sondern nur die strategische Steuerung verbessert. Die Bewertungskriterien des Bundes müssen klar sein, bevor die Kantone ihre Programme zur Evaluation vorlegen. Die Vereinbarungen zwischen Bund und Kantonen sollten sowohl die Verantwortung der einzelnen Parteien klären, damit die subnationalen Programme mit der NRP übereinstimmen, als auch dazu beitragen, die besten Verfahren zu verbreiten. Ferner sollten die Weiterbildungsangebote und Studiengänge der Regiosuisse auf der Grundlage einer genauen Analyse der Bedürfnisse der Stakeholder ergänzt werden.

Da der Bund bereits große Schwierigkeiten hat, Informationen von den Kantonen für Überwachungszwecke zu sammeln, könnte die Einführung von Sanktionen die Kantone dazu anreizen, mit ihren Daten noch zurückhaltender umzugehen. Stattdessen sollte das Indikatorsystem verfeinert werden, damit der Bund die Kantone und Regionen besser strategisch unterstützen kann. Das mangelnde Kenntnisse hinsichtlich der „richtigen“ Indikatoren und der Bedarf an Flexibilität wurden von der Bundesregierung anerkannt. Die in der ersten Runde (2008-2011) produzierten Daten sollten deshalb dazu dienen, das Beobachtungssystem zu verbessern. Zu diesem Zweck müsste klar definierte Indikatoren bestimmt und ein jährliches Berichtssystem eingerichtet werden.

*Die Schweiz gehört zu den führenden
Ländern in Wissenschaft, Technologie
und Innovation, aber sie scheint zu
stagnieren.*

Die Schweiz gehört zu den führenden Ländern im Bereich Innovation, insbesondere in den Hightech-Sektoren. Viele schweizerische Konzerne sind Weltmarktführer in den Bereichen Pharmazie, Biotechnologie, Medizintechnik, Anlagen- und Maschinenbau und sonstigen Hightech-Produkten. Obwohl die Rahmenbedingungen für die Innovation ausgezeichnet sind, zeichnet sich eine Stagnation der F+E-Ausgaben und der Innovationsergebnisse ab. Ausserdem bedeutet Innovation mehr als Wissenschaft und Technologie. Die in der Schweiz im Rahmen von Innovationsumfragen erhobenen Daten unterstreichen den Bedarf an „Innovation ohne F+E“ und die Tatsache, dass Innovation ein vielseitiges Phänomen ist, das viele andere Investitionen und Kompetenzen im

Unternehmen voraussetzt. In den traditionellen Sektoren sowie den intermediären und ländlichen Gebieten bestehen Potenziale, die noch nicht ausgeschöpft sind: Kleinbetriebe mit niedrigerer Absorptionskapazität könnten sich in innovative Unternehmen verwandeln und sowohl zum nachhaltigen nationalen Wachstum als auch zur ausgewogenen Raumentwicklung beitragen.

Die verstärkte Förderung der Innovation auf Regionalebene könnte die gesamtwirtschaftliche Leistung verbessern.

In der NRP liegt das Augenmerk auf der Innovationsförderung, die nun als wichtiger Bestandteil der Regionalpolitik gilt, währenddessen zuvor der Ausbau der Infrastrukturen im Mittelpunkt stand. Verstärkte Innovation auch ausserhalb der Branchen, die sich traditionell mit Innovation beschäftigen, soll das Wachstum im ganzen Land unterstützen. Das in der Schweiz eingeführte polyzentrische Raumentwicklungsmodell funktioniert gut und bietet die richtigen Rahmenbedingungen für eine Politik zur Innovationsverbreitung. Das ist nicht der Fall in stark zentralisierten Ländern, in denen die Ressourcen hauptsächlich in der Hauptstadt konzentriert sind. Die grenzüberschreitende Kooperation erlaubt den Regionen, die Innovation selbst zu fördern. Mehrere Kantone nehmen an grenzüberschreitenden Partnerschaften teil und könnten diese Zusammenarbeit im Bereich der Innovation durch die Einrichtung von Innovationsberatung zur nachbarschaftlichen Nutzung der Ressourcen oder die Förderung von Technologietransfer in den Grenzgebieten weiter ausbauen.

Da der Bund die wissenschaftsbasierte Innovation fördert, könnten die Regionen andere Innovationsarten unterstützen.

Der Bund betreibt eine robuste und wirksame Wissenschafts- und Technologiepolitik, die der Markt allein nicht sicherstellen könnte und die keine Rücksicht auf die Regionen nimmt. Die Innovationspolitik des Bundes und die von der Förderagentur für Innovation des Bundes (KTI) eingesetzten Instrumente entsprechen den Bedürfnissen der wissenschafts- und technologiebasierten Innovation. Unternehmen mit einer geringeren Absorptionsfähigkeit, die ohne F+E Innovation betreiben oder in anderen Innovationsformen wie zum Beispiel der Organisationsinnovation tätig sind,

werden von der Bundespolitik nicht erfasst. Da die geografische Nähe für diese Firmen ausschlaggebend ist, sollten sie das Ziel der regionalen Innovationspolitik sein und im Rahmen der NRP gefördert werden. Anders ausgedrückt entspricht die Bundespolitik nur den ersten beiden Säulen des Innovationsdreiecks, nämlich Wissensproduktion und Wissensverbreitung. Mit der Förderung der Wissensaufnahme könnten sich daher kantonale Stellen beschäftigen.

Eine klarere Arbeitsteilung für eine Innovationspolitik auf mehreren Ebenen müsste mit diesem Ziel im Auge definiert werden. Auf Bundesebene würde man sich weiterhin auf die Wissensproduktion und den Technologietransfer für technologiebasierte Innovation konzentrieren, während Wissensaufnahme und Wissensverbreitung von den subnationalen Ebenen übernommen werden. In diesem Rahmen würde der Bund sich auf die sich als wirksam erwiesenen KTI-Kernaktivitäten fokussieren: landesweite Förderung des Wissens- und Technologietransfers (WTT) sowie öffentlich-privater F+E-Projekte auf der Basis von Exzellenz und Relevanz und unter Hinzuziehung der bestehenden WTT-Netzwerke, die somit eine landesweite Dimension erlangen und einen höheren Spezialisierungsgrad erreichen würden. Die Rolle des Bundes würde sich weiterhin auf die Wissensproduktion und das Wissenstransfer begrenzen, während die funktionalen Regionen sich um die Förderung der Innovation im weiteren Sinn kümmern und die Probleme hinsichtlich Wissensaufnahme lösen. Dazu müssten Agenturen zur Innovationsförderung und Innovationsberatungsstellen eingerichtet werden, sowohl auf kommunaler als auch auf kantonaler Ebene, deren Koordination und Qualitätskontrolle auf der Ebene der funktionalen Region übernommen werden. Zu dieser Aufgabe gehört gegebenenfalls auch die Verknüpfung mit WTT-Netzwerken. Die Zielgruppen auf Bundesebene sind innovative, technologiebasierte Unternehmen, während die Zielgruppen in den Regionen Firmen sind, die über *Learning-by-doing* und *Learning-by-interacting* Innovation betreiben.

*Die bestehenden kantonalen
Maßnahmen sollten wirksamer
umgesetzt werden ...*

In der Schweiz gibt es keine explizite regionale Innovationspolitik, sondern nur eine große Anzahl unkoordinierter und sehr unterschiedlicher Initiativen zur Innovationsförderung, die von den Kantonen im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung umgesetzt und von der NRP unterstützt werden. Die kantonale Innovationsförderung ergänzt die Instrumente des Bundes, da in ihrem Rahmen Start-ups, Kleinunternehmen und Netzwerke

beraten werden und Technologietransfer auf Nachbarschaftsbasis betrieben wird. Die verstreuten Maßnahmen sind nicht gut erkennbar und qualitativ nicht leicht zu bewerten. In manchen Fällen stehen Kantone und Bund mangels Koordination sogar im Wettbewerb, wie z.B. bei der Förderung von Jungunternehmern.

... und könnten besonders in Grenzgebieten die Grundlage für interkantonale Initiativen bilden.

Für die subnationale Innovationsförderung scheint sich die interkantonale Ebene besonders gut zu eignen: Nur wenige Maßnahmen werden auf dieser Ebene umgesetzt, aber sie zeigen, dass Innovation die Hemmnisse der interkantonalen Zusammenarbeit überwindet. Die NRP sollte durch die Finanzierung interkantonalen Projekte die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen vorantreiben. Die Einführung regionaler Innovationsstrategien könnten die Kantone diesem Ziel einen Schritt näher bringen. Der grenzüberschreitenden Dimension der regionalen Innovationspolitik sollte in regionalen Maßnahmen grössere Bedeutung zukommen. Erfolgreiche Fälle könnten als Beispiel dienen, und Indikatoren zur Messung der Ergebnisse den Mehrwert dieser Initiativen beweisen. Die räumliche Definition für regionale Innovationspolitik im Rahmen der NRP sollte auf Agglomerationen ausgedehnt werden, da sie in der Innovation eine Schlüsselrolle spielen. So würde auch die Einführung einer integrierten regionalen Innovationspolitik erleichtert.

Die für die Innovationspolitik nötigen strategischen Kompetenzen müssen aufgebaut werden.

Sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonsebene mangelt es an Kompetenzen zur Durchführung einer regionalen Innovationspolitik. Die regionale Innovationsförderung bedarf eines strategischen Rahmens, damit bestimmt werden kann, wo sich die besten Kompetenzen für die Innovationsförderung befinden, und wie die auf regionaler und Landesebene angebotenen Leistungen leichter erkennbar gemacht werden können. So würden das Problem der kleinen, voneinander unabhängigen Projekte gelöst und der Auswahlprozess für die Finanzierung im Rahmen der NRP erleichtert werden. Die Evaluation sollte verstärkt und mit der Finanzierung verknüpft werden. Die finanzierten Regionalprojekte sind zu evaluieren, damit ihr Einfluss steigt und sichergestellt werden kann, dass die auf Projekt- und Programmebene festgeschriebenen Ziele auch umgesetzt

wurden. Die Ansichten der Unternehmen sollten beim Aufbau der Innovationsförderung auf mehreren Ebenen, auf denen die Regionen, die Kantone, die funktionalen Regionen und der Bund sich gegenseitig ergänzen, berücksichtigt werden. Gegenwärtig wird der Meinung der Unternehmen, obwohl sie Schlüsselfiguren der Innovation sind, kaum Rechnung getragen. Ferner sollten Erfahrungsaustausch und Lernen über die Grenzen der Kantone und funktionalen Regionen hinaus gefördert werden.



From:
OECD Territorial Reviews: Switzerland 2011

Access the complete publication at:
<https://doi.org/10.1787/9789264092723-en>

Please cite this chapter as:

OECD (2011), "Beurteilung und Empfehlungen", in *OECD Territorial Reviews: Switzerland 2011*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264096868-3-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.